

§21/2026/067/1



STADT : SALZBURG

Stadträtin
Andrea Brandner

Frau Gemeinderätin
Renate Pleininger
FPÖ
Im Hause

Schloss Mirabell
Mirabellplatz 4
5024 Salzburg
Tel. +43 662 8072 2940
Fax +43 662 8072
stadtraetin.brandner@stadt-salzburg.at

Salzburg, am 29.05.2026

Betreff: Anfragebeantwortung

Anfrage gem. § 21/2026/067, "Versorgungssituation bei Seniorenwohnhausplätzen"

Sehr geehrte Frau Pleininger,
liebe Renate!

Die in den Medien verwendete Formulierung eines „Lottosechlers“ durch den Amtsleiter war bewusst zugespitzt gewählt, weil die Situation seit Jahren zunehmend angespannt ist und die Warnungen aus der Praxis regelmäßig relativiert werden oder schlicht wenig bis keine Berücksichtigung finden. Wer täglich mit Angehörigen spricht, Wartelisten verwaltet und Versorgung organisieren muss, weiß, dass die Herausforderungen real sind, unabhängig davon, ob manche Politiker diese Realität gerne hören oder nicht. Bemerkenswert ist, dass sich die politische Aufregung nun primär an einer Formulierung entzündet, während die eigentlichen strukturellen Probleme seit Jahren bekannt sind und offenbar keinerlei Reaktion hervorrufen. Offenbar verursacht mittlerweile die deutliche Benennung der Realität mehr Unbehagen als die Realität selbst.

Die Stadt Salzburg weist seit langem darauf hin, welche Maßnahmen im Bereich der Versorgung älterer Menschen notwendig wären. Dies betrifft insbesondere Finanzierung, Tarifentwicklung, Personalfragen, gesetzliche Rahmenbedingungen sowie den Ausbau integrierter Versorgungsstrukturen. Vieles davon fällt schlicht und ergreifend nicht in die unmittelbare Zuständigkeit der Stadt und kann von dieser folglich gar nicht geändert werden, sondern in jene des Landes.



Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Informationen zur Prüfung der elektronischen
Signatur und des Ausdrucks finden Sie unter:
<https://www.stadt-salzburg.at/amtssignatur>



Trotzdem entsteht regelmäßig der Eindruck, dass die kommunale Ebene nicht nur Probleme benennt, sondern dem Land teilweise überhaupt erst erklären muss, wo die praktischen Herausforderungen liegen und welche Lösungen möglich wären.

Gerade im Zusammenhang mit der Einführung von ELGA in Senioreneinrichtungen hat sich dies besonders deutlich gezeigt. Die Stadt Salzburg stand auf Ersuchen des Landes diesem im Rahmen von Anfragebeantwortungen und fachlichen Rückmeldungen an Abteilung 3 des Landes detailliert mit Auskünften zur Verfügung um dem an sich zuständigen Land darstellen, welche organisatorischen, technischen und finanziellen Auswirkungen die Umsetzung tatsächlich verursacht, einschließlich jener Kosten und Personalressourcen, über die auf Landesebene zuvor offenbar nur eingeschränkte Vorstellungen bestanden. Anders formuliert: Während man auf Landesebene Modelle präsentiert, darf die Praxis anschließend erklären, wie diese überhaupt funktionieren sollen.

Dass nun ausgerechnet jene politische Ebene, die seit Jahren auf Warnungen und Hinweise aus der Praxis nur verzögert reagiert, Empörung über eine zugespitzte Wortwahl zeigt, wirkt zumindest widersprüchlich. Die ältere Generation braucht keine Debatte über Formulierungen, sondern nachhaltige Entscheidungen, Finanzierungssicherheit und realistische Planungen. Die Stadt Salzburg wird daher weiterhin offen ansprechen, wenn Systemgrenzen sichtbar werden. Verantwortungsvolle Verwaltung bedeutet nicht, Probleme sprachlich zu glätten, damit sich niemand gestört fühlt. Verantwortungsvolle Verwaltung bedeutet, Entwicklungen rechtzeitig anzusprechen, auch dann, wenn dies politisch unbequem ist.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass während die Verwaltung aufgefordert wird, komplexe Versorgungssysteme langfristig sicherzustellen, die gegenständliche Anfrage bereits daran scheiterte, zwei identische Fragen zu vermeiden. Was die mannigfaltigen Maßnahmen und auch konkreten Pläne der Stadt Salzburg in diesem Bereich betrifft darf die Fragende auf die zahlreichen im Rahmen verschiedenster Sozialausschüsse präsentierten und bei AB-Behandlungen diskutierten und von der Fragenden auch mitbeschlossenen Maßnahmen der Stadt Salzburg verwiesen werden auf deren Wiederholung daher verzichtet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Andrea Brandner

Stadträtin